

Gebühreneinnahmen anzustreben.

In der sich anschließenden Aussprache geht Abg. Hans-Jörn Arp zunächst auf Aussagen aus der Regierungserklärung der Ministerpräsidentin zur Vision des **Wellness-Urlaubs** in Schleswig-Holstein ein und will wissen, welche Haushaltsmittel dafür vorgesehen seien.

St Rüdiger von Plüskow stellt fest, dass es dafür keine eigenen Titel gebe, dass es sich vielmehr darum drehe, innovative Investitionen, die dem Ziel der Wellness dienlich seien, aus den unterschiedlichsten Töpfen zu finanzieren.

Abg. Dr. Christel Happach-Kassan bittet um eine Auflistung derjenigen Positionen in den regionalen Förderprogrammen, aus denen Wellness-Projekte gefördert werden können.

AL Holger-Jürgen Börner sieht zwei unterschiedliche Fördermöglichkeiten für den Wellness-Bereich. Zum einen sei dies der investive Bereich. Hier gebe es die Fördermöglichkeit für die einzelbetriebliche Förderung im Rahmen der GA "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur". Innerhalb dieser Gemeinschaftsaufgabe finde darüber hinaus auch die Förderung von öffentlichen Infrastrukturmaßnahmen statt. Dazu gebe es zur Zeit Diskussionen auf Bundesebene, die entsprechenden Förderrichtlinien innerhalb der Gemeinschaftsaufgabe etwas zeitgemäßer den neuen Förderkonditionen anzupassen. Zu erinnern sei zum Beispiel an neue Verwendungsmöglichkeiten veralteter Kurmittelhäuser.

Zum anderen, so fährt AL Börner fort, sei eine wesentliche Aufgabe der neuen Tourismusagentur das Themenmarketing. Hierbei bietet sich der Bereich Wellness an, und es werde dabei auch darum gehen, das vorhandene Angebot aufzufinden, zu bündeln und gemeinsam zu vermarkten.

Abg. Wolfgang Kubicki interessiert sich für die Konzeption des Schwerpunktes Wellness und will wissen, welches Konzept das Ministerium entwickelt habe, um den Standort Schleswig-Holstein so mit Wellness-Angeboten zu versehen, dass sich dieser Schwerpunkt ökonomisch lohne.

St Rüdiger von Plüskow geht von einer kontinuierlichen Entwicklung dieses Schwerpunktes in den kommenden Jahren aus, die sich hauptsächlich im Haushalt des Wirtschaftsministers widerspiegeln werde und die in der dort zu findenden Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" verankert sein werde. Hieraus werde normalerweise auch die Tourismusförderung betrieben, worunter dann auch der Schwerpunkt Wellness fallen müsse.

Darüber hinaus werde es darauf ankommen, so meint St Rüdiger von Plüskow, wie die Tourismuswirtschaft, die dann auch Wellness-Aspekte aufnehmen müsse, sich auf diesen Schwerpunkt konzentrieren werde. Eine Liste solcher Projekte, wie sie Abg. Dr. Happach-Kasan sich vorstelle, in denen Wellness eine Rolle spiele, könne erst im Laufe der Zeit anhand von Erfahrungen erstellt werden. Deshalb könne auch die Frage nach dem Konzept der kommenden Jahre nicht sofort beantwortet werden. Sein Haus sei aber gern bereit, diese Frage zu einem späteren Zeitpunkt zu beantworten.

Der Ausschuss einigt sich auf die Vorlage einer schriftlichen Beantwortung dieser Fragen zur späteren Beratung im zuständigen Fachausschuss. Darüber hinaus stellt die Vorsitzende des Finanzausschusses, Abg. Ursula Kähler fest, dass es für die Haushaltsberatungen wichtig sei, eine Klärung der Situation der Tourismuswirtschaft möglichst bald noch vor der zweiten Lesung des Haushalts zu erhalten. Dies sollte in schriftlicher Form erfolgen.

Zu einem Vorhalt der Abg. Dr. Christel Happach-Kasan, dass das Land in der Vergangenheit seine Verpflichtungen gegenüber der **Landwirtschaftskammer** nicht immer eingehalten habe,

bestätigt St Rüdiger von Plüskow, dass es nicht immer möglich gewesen sei, dieses Gesetz in seiner finanziellen Verpflichtung einzuhalten. Gerade dieser unbefriedigende Zustand sei mit ein Grund, mit dem in Vorbereitung befindlichen neuen Gesetz eine Grundlage zu schaffen, die es ermögliche, die dann vom Land einzugehenden Verpflichtungen auch zu bedienen. Dies bedeute, das neue Kammergesetz werde in einem überschaubaren Zeitraum die finanzielle Sicherstellung der Kammer und ihrer Aktivitäten gewährleisten. Der Präsident des Landesrechnungshofs, Dr. Gernot Korthals, erinnert an die Aussagen der Enquetekommission zur Verbesserung der Effizienz der öffentlichen Verwaltung, nach welchen mehr Aufgaben der Landesregierung nach unten delegiert werden sollten und warnt davor, bei der Kammer den umgekehrten Weg gehen zu wollen.

Eine längere Diskussion entwickelt sich zur Frage der Abg. Monika Heinold nach dem Zeitplan, den das Ministerium für die Vorlage einer neuen Konzeption der **Verbraucherzentrale** im Auge habe. Die Kenntnis einer solchen neuen Konzeption sei ihr wichtig für die weiteren Beratungen des Haushalts.

St Rüdiger von Plüskow erinnert an seine eingangs gemachten Ausführungen, dass es in erster Linie Aufgabe der Verbraucherzentrale sei, ein neues Konzept vorzulegen. Die Zentrale wisse schon sehr lange aus zahlreichen Gesprächen, dass die Mittel sowohl des Bundes als auch des Landes zurückgefahren werden würden. Es habe inzwischen auch schon Gespräche auf ministerialer Ebene mit Hamburg über ein Zusammengehen beider Verbraucherzentralen gegeben. Darüber hinaus habe das Land bereits dargelegt, welche Beratungsstellen der verschiedenen Beratungsinstitutionen zusammengefasst werden könnten. Dazu gebe es eine interessante Karte, die den Ausschussmitgliedern auf Wunsch zur Verfügung gestellt werden könnte. Leider sei von den einzelnen Beratungsstellen dazu noch keine Resonanz gekommen.

Abg. Monika Heinold überlegt, in Begleitung des Ministeriums alle Beteiligten an einen runden Tisch zu setzen. Abg. Günter Neugebauer mahnt von der Landesregierung eine Moderatorenrolle an. Außerdem erbittet er eine Liste der vom Ministerium geführten Telefon- und Direktgespräche mit der Verbraucherzentrale. Er interessiert sich dafür, wie weit die Verbraucherzentrale moderne Technologien für ihre Beratung benutze.

St Rüdiger von Plüskow betont, dass sein Ministerium immer wieder den Gebrauch moderner Informationsmittel bei der Verbraucherzentrale angemahnt habe. Sie habe damit zwar schon begonnen, aber dieser Prozess müsse noch beschleunigt werden.

Beim weiteren Vorgehen sei das Ministerium zwar bereit, die Verbraucherzentrale begleitend an die Hand zu nehmen, aber er wehre sich dagegen, für die Verbraucherzentrale ein fertiges Konzept liefern zu sollen. Denn so etwas sei normalerweise nicht von Erfolg gekrönt. Die Verbraucherzentrale müsse mit Hinweisen, wie man etwas gestalten könne, zufrieden sein. Leider sei diesen Hinweisen bisher nicht in hinreichendem Maße Rechnung getragen worden. Er hoffe, dass der positive Druck der schwierigen Finanzlage in dieser Situation heilsam sein werde.

Die Anregung der Abg. Monika Heinold, alle an einem runden Tisch zusammenzubringen, halte er für äußerst schwierig. Einzelne Betroffene hätten sich schlicht geweigert, beispielsweise über die Problematik des Zusammenwirkens der Institutionen überhaupt zu reden.

Die Vorsitzende gibt zu überlegen, ob man der Verbraucherzentrale nicht einen Termin zur Vorlage eines neuen Konzeptes vorgeben sollte. Dieses Konzept könnte dann in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Fachausschuss in den kommenden Wochen beraten werden. Der Vorsitzende des Agrarausschusses, Abg. Claus Hopp, rät dazu, zunächst das Ergebnis des Gespräches der Agrarministerin mit den Verbraucherverbänden, das zum gleichen Zeitpunkt stattfindet, abzuwarten. Abg. Wolfgang Kubicki spricht sich für eine Haushaltssperre bis zur

Vorlage des Konzeptes aus. Dies wird vom Finanzausschuss positiv aufgenommen, der eine entsprechende Beschlussfassung in einer seiner kommenden Sitzungen beabsichtigt.

Abg. Peter Jensen-Nissen beanstandet, dass die vom Bund und von der EU fließenden Mittel nicht durch Komplementärstellen des Landes zu 100 % ausgeschöpft würden und bedauert, dass es in der Vergangenheit nie zu einer 100%igen Deckung kam.

St Rüdiger von Plüskow verweist auf die alljährlich auftauchende Schwierigkeit, schon bei Aufstellung des Haushaltsplans mit exakten Zahlen arbeiten zu können. Abg. Peter Jensen-Nissen bittet um eine schriftliche Darstellung der Deckungslücken. Des Weiteren interessiert sich Abg. Peter Jensen-Nissen dafür, welche Anmeldungen der Kreise zum Landwegebau vorliegen (Auch hierzu soll eine schriftliche Antwort kommen).

Die Vorsitzende schlägt vor, den Ausschüssen die Zahlen für die GA-Mittel aus dem Haushaltsentwurf des Bundes zur Verfügung zu stellen.

Abg. Rainer Steenblock greift die Titel zum **ökologischen Landbau** auf und interessiert sich dafür, wie die Landesregierung mit den eingestellten Fördermitteln den ökologischen Landbau voranzubringen gedenke. Nach den Worten von St Rüdiger von Plüskow hält die Landesregierung unverändert an dem Ziel fest, den ökologischen Landbau weiter voranzubringen, ohne sich auf eine Prozentzahl festlegen zu wollen. Unverändert bestehe die Verpflichtung, die Umstellungsprämien sowie die Beibehaltungsprämien zu gewähren. Bei der Beibehaltungsprämie sei es allerdings etwas schwierig, den Grundsatz "Investitionsvorkonsumtion" nicht aus dem Auge zu verlieren. Deshalb gebe es auch den Beschluss, die Beibehaltungsprämie in Teilen in den Ökovermarktungsfonds einzubringen. Dieser Schritt sei ein guter Weg.

Eine unveränderte Aufgabe bleibe es, so fährt St Rüdiger von Plüskow fort, die Vermarktung von Ökoerzeugnissen in einer Art und Weise zu fördern, die für die Produzenten selbst akzeptabel sei. In diesem Punkt habe es bereits umfangreiche Gespräche mit Dänemark gegeben. Dänemark sei es vorbildlich gelungen, Ökoprodukte in die Regale großer Filialisten zu bringen. Dies funktioniere leider nicht in gleicher Weise in Schleswig-Holstein, auch wenn es bereits zahlreiche Gespräche darüber gebe. Es gelte, diese Gespräche auf allen Ebenen voranzubringen.

Zum Einzelplan 12 werden keine Fragen gestellt.

Zu Punkt **Verschiedenes** liegt nichts vor.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung um 12:55 Uhr.

gez. U. Kähler

Vorsitzende

gez. Dr. Ursula Haaß

Protokollführerin